

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1910**

78 (8.4.1910) 2. Blatt

# Badischer Beobachter.

## Hauptorgan der badischen Zentrumsparthei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pf., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Filialen abgeholt, monatlich 80 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 85 Pf., durch den Briefträger ins Haus gebracht, 87 Pf. vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

**Beilagen:**  
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Stern und Blumen“.  
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familiensitz“.

**Verantwortlicher Redakteur:** Dr. Heinrich Vogel, Karlsruhe.  
**Verantwortlich für Anzeigen und Reklamen:** Hermann Waffler in Karlsruhe.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: F. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichtendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wabik; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; Familien in Karlsruhe.

### Badischer Landtag.

Unberechtigter Nachdruck der B.Z.K.-Berichte ist untersagt.  
Zweite Kammer.  
57. öffentliche Sitzung.  
B.Z.K. Karlsruhe, 7. April 1910.

Präsident **Nohrhardt** eröffnet die Sitzung um halb 10 Uhr. Am Regierungstisch: Minister v. Bodman, Geh. Oberregierungsrat Dr. Krens und Föhrenbach.

Im Einkauf befinden sich folgende Petitionen: 1. des Grund- und Hausbesitzer-Bereins Karlsruhe zu dem Gesetzentwurf, die Aenderung der Gemeinde- und Städteordnung betr.; 2. des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes, Gau Südwest, zu dem Antrag der Abgg. Hummel u. Gen., die Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung der Privatangestellten betr.; 3. des Bundes der technisch-industriellen Beamten, Gau Südwestdeutschland, wegen beschleunigter Durchführung der Rentens- und Hinterbliebenenversicherung der Privatangestellten.

Herrn eine Einladung des Ministers v. Marschall zu einem parlamentarischen Abend auf Donnerstag, den 4. April.

Die Budgetberatung wird fortgesetzt bei den Titeln: **Wasser- und Straßenbau; Vergewesen; Geologische Landesausnahme.**

**Abg. Kurz (Soz.)** tritt für die Verwendung von Kalksteinbrot im Interesse der Arbeiter ein und wünscht eine Verminderung der Steigung der Straße von Söllingen nach Kleinsteintal. Was die Leistung der Landstraßen betrifft, hat Dr. Behner gestern schon dargelegt, welche Kalamität nicht nur auf den Landstraßen, sondern auch innerhalb der Orte durch die Automobile entsteht. Er bitte, die Leistung zu übernehmen.

Vizepräsident **Heimburger** übernimmt den Vorsitz. **Abg. Weber (Soz.)** wünscht, wie sein Vordränger, größere Beiträge des Staates zur Leistung der Straßen und eine Beschleunigung der Kanalisationsangelegenheit in Durlach. Nach der Kanalisation möge die Pflasterung der Straße alsbald erfolgen.

**Abg. Morgenthaler (Ztr.)**: Es sind mir berechtigte Klagen zugegangen über den Transport von Schafherden, die oft bei Nacht durchgeführt werden. Manchmal werde auch eine falsche Adresse angegeben, so daß Reflektoren wegen Schäden zurückkommen. Die Straßenwärter wünschen, daß der Durchtrieb von Schafherden in der Zeit vom 20. März bis 20. Oktober und bei Nacht überhaupt verboten werden soll. Ebenso wäre es dringend nötig, daß die führenden Schärer eine Legitimation besitzen. Redner tritt für gleichmäßigere Behandlung der Straßenwärter in der Gehaltsfrage ein und schlägt sich den Ausführungen Dieterles an betr. der Straßen auf dem Hohenwald. Er habe selbst schon beobachtet, wie schlecht dort die Straßen sind. Der Automobilverkehr sollte in den Ortskernen in der Weise beschränkt werden, daß das Tempo ermäßigt wird.

**Abg. Reger (Natl.)**: Wir haben gestern gehört, daß die Rheinregulierung von Basel bis Klotzberg große Schwierigkeiten macht. Ich möchte aber doch den Wunsch der Handelskammer Schopfheim zum Ausdruck bringen, die Regierung möge die Errichtung einer Schleufe bei Angst-Wehlen wohlwollend unterstützen. Redner befragt die Errichtung eines Fußweges von Sulzburg nach Bad-Sulzburg. Kollege Grolacher hatte die Freundlichkeit, mir von einem Schreiben des Handwerkerverbandes Kenntnis zu geben. Eine Neuerung ist das Mägentragen der Straßenmeister. Die Mägen geben keinen genügenden Schutz gegen die Witterung. Man sollte es deshalb den Straßenmeistern überlassen, ob sie im Dienst die Mägen tragen wollen oder nicht.

**Abg. Schmid-Singen (natl.)** unterstützt den Wunsch Weishaupts, die Straßen im Oberland mehr zu berücksichtigen. Unter den großen Vorfalldörfern sollte auch feiner Schotter geworfen werden; die Äre müssen einen oft erbarmen, wenn sie auf dem großen Schotter gehen müssen. Redner tritt für bessere Bezahlung der Straßenwärter ein und unterstützt die Ausführungen Gepperts bezüglich des Anbaus von Straßenobst. Es wäre wünschenswert, wenn man die Automobilfahrer zwingen könnte, wenigstens in den Orten langsamer zu fahren. Die Automobilfahrer sollten so viel Pflichtgefühl haben, daß sie die Fußgänger nicht von der Straße vertreiben. Redner verbreitet sich über die Donauverfälschung und kritisiert die Gutachten und Untersuchungen des Professors Endres-Stuttgart, der partiell und oberflächlich gehandelt habe. In der württembergischen Kammer sind scharfe Worte gefallen. Die Drohungen des Ministers Bischof, daß die Verjährungsstellen, wenn Waden nicht nachgeben, zugemauert werden, seien nicht wahr gemacht worden. Redner kritisiert unter der Unruhe des Hauses die Maßnahmen der württembergischen Regierung in abfälliger Weise. Die badische Regierung hat nicht rücksichtslos die Interessen der Nachwerfbesitzer wahrgenommen; die Rücksichtslosigkeit liegt auf anderer Seite. Der Kommerzienrat Krämer in Scher hat eine Verjährungsstelle vermanern lassen, durch

die 200 Sekundenliter an die Nach abgeben. Die Nachwerfbesitzer haben das gleich bemerkt.

**Abg. Duffner (Ztr.)**: Es ist zu erwarten, daß durch das Gesetz über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen eine Besserung eintritt. Redner bringt Wünsche aus seinem Wahlkreis vor; so betreffend einen Beitrag zur Bedeckung des Geberkanals in Furtwangen. Die Stadt Reinstadt will eine Straße bauen nach Hölzlebrunn. Ein Staatsbeitrag würde nicht grundsätzlich abgelehnt, aber an Bedingungen geknüpft, die für Reinstadt zu schwer sind. Viele Tierquälereien würden durch die Erbauung der Straße beseitigt. Ein Staatsbeitrag wäre wohl gerechtfertigt. Die Stadt Reinstadt wünscht, daß die Straße bald in Angriff genommen werden kann. Er unterstütze auch die Bitte Blimmels, die Straße Litzee-St. Blasien zu verbessern; er möchte aber weiter gehen und die Verbesserung für die ganze Straße verlangen. Ferner wünscht Redner eine Unterstützung der Korrektur des Kreisgemeindegewässers Langenbach-Wehrbach. Viele Gemeinden auf dem Schwarzwald sind nicht in der Lage, selbst einen guten Schotter zu produzieren. Sie können ihn auch nicht von weiterher beschaffen, weil die Frucht zu hoch ist. Er möchte bitten, daß man den Gemeinden die guten Schotter von weiterher beschaffen wolle, Frachtmäßigung zu gewähren.

**Abg. Weishaupt-Wehrbach (natl.)**: Die Städte Radolfzell und Singen enthalten einen großen Wettbewerb wegen der Hafenanlagen am Bodensee. Die Worte des Ministers haben aber gestern auf die Hoffnungen im Oberland bezüglich der Rheinregulierung gewirkt, wie ein kalter Reif auf die Blumen im Stadtpark. Er hoffe aber, daß die Regierung sich doch nicht ganz ablehnend verhalte. Da der Automobilverkehr immer mehr zunimmt, sollte die Regierung in der Unterhaltung der Straßen durch das dekadente System immer mehr nach. Man sollte es den einzelnen Gemeinden überlassen, zu bestimmen, ob im Frühjahr oder Spätherbst Schotter eingeworfen werden soll.

**Abg. Meyer (natl.)**: Die Schäreireisitzer wollen die Regierung bitten, daß ihre Schafherden die Wäldungen der Straßen beim Transport benützen dürfen und zwar unentgeltlich. Er möchte die Regierung bitten, einer solchen Bitte ein Nachsicht entgegenzusetzen. Bei der Donauverfälschung kommen auch badische Orte in Betracht. Redner hält eine Umleitung des Wassers für notwendig. Wäldungen sind schon gesundheitspolizeiliche Vorschriften gemacht worden zur Beseitigung der toten Fische. Den Ausführungen Schmid über den Professor Endres möchte er widersprechen. Es ist nicht richtig, daß er einseitig gehandelt habe. Er hat sich große Verdienste um die Sache erworben.

**Abg. Hökel (Ztr.)** nimmt sich der Straßenwärter an. Ihr Gehalt beruht auf dem örtlichen Tagelohn, der aber vielfach dem wirklichen Tagelohn nicht mehr entspricht. Er habe junge Leute von 15 u. 16 Jahren gesprochen, die in Appenzel in der Glasfabrik arbeiten und 2.10 Mk. Tagelohn erhalten. Darnach bedürfen die Straßenwärter noch einer Verbesserung. Früher konnten sie auch in der Landwirtschaft tätig sein; jetzt müssen sie über den ganzen Tag auf der Straße tätig sein. Wenn sich die finanzielle Lage wieder gebessert hat, sollte die Regierung etwas weiteres für die Straßenwärter tun. Redner empfiehlt die baldige Renovation unter Hinweis auf die Hochwasserständen, speziell der Gemeinde Waghshart.

**Abg. Fr. v. Wenningen (Ztr.)**: Schmid-Singen hat uns einen Vorwurf gemacht, weil wir ihm bei seinen Ausführungen über die Donauverfälschung nicht zuhörten. Wenn das geschieht, so kommt das davon, daß es sich entweder um lokale Wünsche handelt, oder es liegt an der Vortragweise des Redners. Die Donauverfälschung interessiert uns alle; es muß also an Redner liegen. Ich spreche jetzt über die Straße Langenbrüden-Wehringen; wenn Schmid nicht zuhören will, dann mag er es bleiben lassen. Die Straße ist in einem solchen Zustand, wie keine andere im Lande. Wenn der Regierungsvertreter sich diese Straße einmal ansehen würde, könnte er sicher nicht zu einer ablehnenden Haltung kommen. Er möchte also die Aufmerksamkeit der Regierung ganz besonders auf diese Straße lenken.

**Abg. Maier (Soz.)** kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Stadt Heidelberg sich nicht wohlwollend gegen Ziegelbauern benommen hat. Er verweise auch darauf, daß Heidelberg mit Rücksicht auf den Fremdenverkehr die Anlegung von Fabriken, die unter § 16 der G.-D. fallen, zu hintertreiben suchte. Hökel hat vorhin mit Recht ausgeführt, daß die von den Behörden angelegten Tagelöhne vielfach nicht den tatsächlichen Tagelöhnen entsprechen. Die Straßenwärter müssen deshalb einen kulturwürdigen Lohn erhalten. Interessiert hätte mich, wie sich die Regierung zur Brückenfrage in Ziegelhausen stellt; ebenso, ob nicht ein besonderer Beitrag für solche Straßen gewährt werden könnte, die regelmäßig von Kraftfahrzeugen befahren und dadurch schneller ruiniert werden.

**Abg. Weishaupt-Wehrbach (Ztr.)**: Die Ausführungen des Direktors des Wasser- und Straßenbaues veranlassen mich zu einer Erwiderung. Der Zustand der Straße bei Wehrbach war früher ein hümmeltrauriger, weil der Unterbau fehlte. Es ist etwas besser geworden, aber nur teilweise. Es wäre notwendig, einen guten Unterbau zu schaffen und eine Decke aufzuwalzen. Der Verkehr nimmt bedeutend zu. Der Regierungsvertreter hat gemeint, daß die Arbeiter zum Schlagen der Waden nicht aufzutreten seien. Das mag früher der Fall gewesen sein, als die Arbeiter mehr zusammenkamen infolge der Aufsammlung des Holzes. Redner bittet nochmals um dekadente Behandlung der Straßen in dem Bezirk des Redners. Er möchte der Regierung zur Erwägung geben, ob es auf Straßen mit geringerem Verkehr nicht vorteilhafter wäre, die Steine einzuzulassen, als alle Jahre mit der Flidarbeit zu kommen.

**Abg. Wittmann (Ztr.)** tritt für die Vervollständigung der Straßenwärter ein und weist nach, daß in Griechenland ein Straßenwart mit 28 Dienstjahren weniger Gehalt bekommt, als Kollegen von ihm, die viel weniger Dienstjahre haben oder erst seit kurzem dem Dienst versehen. Er möchte empfehlen, daß die Straßenwärter nach dem Dienstalter eingeteilt und entlohnt werden. Redner bringt spezielle Straßenwünsche vor, so betr. die Vervollständigung der großen Steigung der Straße von Rausheim nach Weiler. Der Minister hat gestern der Oberheimregulierung ein schlechtes Horoskop gestellt, so daß erst die Enkel der jetzigen Generation hoffen dürften, sie ausgeführt zu sehen. Er möchte hoffen, daß die Regierung doch Mittel und Wege findet, das Projekt früher zur Ausführung bringen zu lassen. Die Abgabe der elektrischen Kraft am Oberrhein weit hinein in das Land, ist sehr zu begrüßen. Er möchte wünschen, daß die Geologische Landesanstalt im Herzen des Landes, in Karlsruhe, verbleibe und daß sie sich mehr für die praktischen Bedürfnisse des Landes betätige. Dazu wäre freilich ein eigenes Gebäude nötig, wo die Sammlungen untergebracht werden könnten. Dort müßten Darstellungen der Bodenzusammensetzung und Proben für Verbesserungen zugänglich gemacht werden. Es war ein Fehler, daß die Landesanstalt ein wandelndes Dasein erhielt und in Personalmisere mit dem Prof. Rosenbusch in Heidelberg geschloffen wurde, dessen Verdienste ich anerkenne. Als er das Nebenamt niederlegte, wanderte die Anstalt nach Karlsruhe, jetzt soll sie nach Freiburg wandern. Warum baut man diese Anstalt nicht selbständig aus mit einem eigenen Vorstand im Hauptamt? So fehlt uns auch der geologische Nachwuchs. Er möchte anregen, daß, sobald es die finanzielle Lage gestattet, die Anstalt ein eigenes Heim bekommt mit einem Vorstand im Hauptamt.

Präsident **Nohrhardt** übernimmt den Vorsitz wieder.

**Abg. Süßkind (Soz.)** bringt Beschwerden vor wegen einer Fährde bei Mannheim, die von einer Dame verurteilt wurde. Dieser Fährde stand ich nicht für Frauen. Es sei ein Ersatz mit Motorbetrieb angeboten. Warum geht das Bezirksamt darauf nicht ein?

**Abg. Dr. Frank (Soz.)** möchte anregen, daß der Automobilverkehr zum Schloß, zur Wollentur und zum Königstuhl in Heidelberg verboten werde im Interesse der vielen Fußgänger. Die Belastung durch Automobile im Redartal ist geradezu unerträglich. Vielleicht empfehlen sich Vorschriften wie in der Schweiz, wonach der Automobilverkehr nur an bestimmten Stunden erfolgen darf.

**Abg. Blimmel (Ztr.)**: Duffner hat gewünscht, daß die Automobilgesellschaft Litzee-St. Blasien mehr zu den Straßenkosten herbeigezogen werde zugunsten der Gemeinden. Er möchte bitten, das Wohlwollen auf beide Seiten fallen zu lassen. Redner bittet noch einmal, wenn irgend möglich, die Brückenfrage Waldshut-Koblentz noch in diesem Landtag zu lösen.

**Abg. Schmid-Singen (natl.)** erwidert dem Abg. Gilbert bezüglich der Donauverfälschung. Die Angelegenheit zwischen Fr. v. Wenningen und mir ist persönlich erledigt. Ich erkläre aber, daß ich mit meiner Bemerkung: „Wenn ich die Unterhaltung der Herren weiter hören darf“, keine bestimmte Partei gemeint habe.

**Abg. Göhring (natl.)**: Die Ausführungen Wittmanns über die geologische Landesanstalt haben mich sehr interessiert; ich bedauere aber, ihnen widersprechen zu müssen. Redner tritt für die Verlegung der Anstalt nach Freiburg ein. Er möchte Verwahrung dagegen einlegen, daß man alles nach Karlsruhe verlegt. Das würde zu einem Zustand führen wie in Frankfurt, wo alles nach Paris verlegt ist.

**Minister v. Bodman**: Reger hat um das Wohlwollen der Regierung für die Schleufe Angst-Wehlen gebeten. Wir haben die Bitte um einen Beitrag abgelehnt aus dem Grunde, weil wir uns nicht festlegen wollen für die Oberheimregulierung, ehe wir die gestern genannten Garantien haben. Zwei Herren haben die Donauverfälschung in entgegengekehrter Weise besprochen. Auch für die Regierung hat die

Sache zwei Seiten: die Interessen der Nachgemeinden und der Gemeinden Zimmendingen und Möhringen und die württembergischen Interessen. Was die Interessen Württembergs betrifft, siehe ich auf dem Standpunkt, daß wir die württembergische Stadt Tuttlingen nicht anders behandeln dürfen, wie eine badische Stadt; denn es ist eine deutsche Stadt. Ob allerdings den Wünschen Württembergs wegen der Entnahme und Umleitung von Wasser voll Entschlossenheit ergehen, daß das Wasser, das bei Friedingen verfließt, daselbst ein Quantum Wasser wieder versenkt werden, das der Donau entnommen wird. Es muß auch nachgewiesen werden, daß dieses versenkte Wasser wirklich der Nach zufließt. Die Versuche der geologischen Landesanstalt haben die Wahrscheinlichkeit ergeben, daß das Wasser, das bei Friedingen versenkt wird, ungeschädigt in der Nach wieder zum Vorschein kommt. Die Frage ist aber nicht geklärt worden, ob eine so große Wassermenge bei Friedingen versenkt werden kann, wie sie Württemberg beansprucht. Es bleibt die weitere Frage, ob nicht die Wasserversorgung verschiedener Nachgemeinden zusammenhängt mit dem Wasser, das bei Friedingen versenkt werden soll. Diese Frage wird zurzeit von der geologischen Landesanstalt geprüft. Was die Versuche des Herrn Professor Endres betrifft, der die Ansicht hat, in Göttingen in das Loch hinabzulaufen und es auszumauern, so habe ich Herrn Endres, der mich vor einigen Tagen besuchte, mitgeteilt, daß das Bezirksamt Engen eine Vorschrift zu erlassen habe, daß Grabungen nach Wasseradern außerhalb der Donau nur mit Erlaubnis des Bezirksamts Engen geschehen können. Wir stehen der Frage der Ausforschung der Donauwasserquellen skeptisch und ängstlich gegenüber, weil wir eine Verschüttung der Nachquelle fürchten müssen. Wir müssen aber die badischen Interessen wahren, wenn wir auch die bundesfreundlichen Rücksichten gegen Württemberg nicht außer acht lassen dürfen. Wenn man das Wasser umleiten wollte, so müßte man einen völlig dichten Kanal haben, weil sonst neue Löcher einbrechen, wenn man die alten verstopft. Es müßte ein 11 Kilometer langer Stollen nach der Nach geführt werden. Durch das zerklüftete Gebirge, wobei die Gefahr nahe liegt, daß andere Wasseradern angeschnitten werden und das Wasser einen anderen Weg nimmt als vorher. Das ist eine schwierige Frage, die keineswegs leicht genommen werden kann. Uns gegenüber haben die Straßenwärter keine Klage erhoben; die Bereinigung der Straßenwärter hat sich im Gegenteil befriedigt ausgeprochen. Wenn gelangt wird, daß keine menschenwürdigen Löhne bezahlt, so möchte er darauf hinweisen, daß wir vor einer Steuererhöhung stehen, die Abgeordneten sollten draußen beruhigend wirken. Es scheint aber das Gegenteil zu geschehen. Für die Brücke bei Ziegelhausen kann sein Betrag ins Nachtragsbudget eingeleitet werden. Die Verlegung der geologischen Landesanstalt nach Freiburg ist bereits durch landesherrliche Verordnung ausgeschrieben. Die Gründe, die Wittmann für die Verlegung in Karlsruhe vorbrachte, sprechen nicht dafür. Er glaube, in dieser Angelegenheit den Willen eines Frauenrocks zu entdecken. (Heiterkeit.)

Geh. Oberregierungsrat Dr. Krens: Duffner hat gefragt, wie es mit der Deckung des Geberkanals in Furtwangen steht. So viel mir bekannt, ist die Frage zurzeit nicht anhängig. Die Regierung verhält sich gegen einen Beitrag ablehnend; eine rechtliche Verpflichtung liegt nicht vor. Die Straße Reinstadt-Hölzlebrunn muß der Stadt Reinstadt überlassen bleiben, solange sie nicht andere Bedingungen erfüllt. Die Korrektur der Straße Söllingen-Kleinsteintal ist leider ein Opfer der schlechten Finanzlage geworden. Morgenthaler hat den Wunsch ausgesprochen, daß die Führer von Wanderhirschen eine Legitimation führen, daß der Durchtrieb bei Nacht verboten werde. In der Hauptfrage ist den Wünschen des Abg. Morgenthaler durch die Bestimmungen entsprochen. Es wird aber nicht möglich sein, von den Wanderherden zu verlangen, daß sie den ganzen Sommer zu Hause bleiben. Was die Straße Langenbrüden-Wehringen betreffe, habe ihm Fr. v. Wenningen nicht zu sagen, was seine Amtes sei.

**Abg. Dr. Frank (Soz.)** fragt nochmals wegen der Automobilverbots an.

**Minister v. Bodman**: Das ist Sache des Bezirksamts. Im allgemeinen stehe ich auf dem Standpunkt, daß der Kraftwagenverkehr nicht mehr beschränkt werden soll, als absolut notwendig ist. Andererseits sind allerdings auch die Verhältnissen des Publikums zu berücksichtigen.

Die allgemeine Beratung wird geschlossen.

**Abg. Wittmann (Ztr.)** betont in einer persönlichen Bemerkung gegenüber dem scharfsten Schluß des Ministers in der Angelegenheit der geologischen Landesanstalt, daß weder ein Frauenrock noch ein Frauenrod eine Rolle in der Sache spielte. Der Minister scheine Geipenter am hellen Tag zu leben. Ihm sei keine Information von einem Manne mitgeteilt worden.

Hr. v. Menzingen (Str.) erwidert in persönlicher Bemerkung dem Direktor des Wasser- und Strassenbau-Geb. Oberregierungsrat Krens, er habe mit seinen Ausführungen nur protestieren wollen gegen die nichtallotante Saloppe Art, mit der der Regierungsvertreter (Präsident Naehrich) im Namen der Regierung gegen die Regierung nicht zulassen. Ich trüge den Ausdruck, gegen die Art wie der Regierungsvertreter gestern meinen Nachbar zur Medien (Ziegelmauer) abgetan hat.

Vier wird abgebrochen.  
Nächste Sitzung morgen vormittag 9 Uhr. Fortsetzung (Spezialberatung); Budgetmittel aus dem Eisenbahnbudget (Güterwagen und einige Galienstellen). Schluß 1 Uhr.

## Karlsruher Bürgerausschuß

Karlsruhe, 7. April 1910.

In der heutigen Bürgerausschußsitzung wurde zunächst das Projekt der Erneuerung der Strassenbahnlinie der Kaiserstraße zwischen Karlsruher und Zurlacher Tor erledigt, worfür 196 000 M. angefordert wurden.  
Ratens des Stadterordnetenvorstandes befürwortet dessen Vorsitzender Müller die Vorlage.  
Stadtv. Kiefer: Die sozialdemokratische Fraktion stimmt der Vorlage zu, wünscht aber, daß die Kosten nicht aus Anleihen, sondern aus Wirtschaftsmitteln gedeckt werden.

Stadtv. Landauer befürwortet die Asphaltpflasterung der Kaiserstraße.  
Stadtv. Kiefer wünscht keine Verschönerung der Schienen.

Obmann des Stadterordnetenvorstandes Müller: Landauer will die Asphaltpflasterung der Kaiserstraße bis zur Schaffstraße. Dann sollte man sie lieber ganz asphaltieren. Ich bin 1903 schon für die Asphaltierung der ganzen Kaiserstraße eingetreten, aber damit unter dem Tisch gefallen. Das Wirtschaftsjahr 1903 sieht aber über den Jahr 1907/11. Wir haben von der Schulstraße mit einem ganz neuen Pflaster zu rechnen.

Stadtv. Müller: Die in Frage kommende Straße ist in den letzten Jahren wiederholte Reparaturen unterzogen worden. Er möchte fragen, ob die Straße damals noch nicht befahrt waren. Die Arbeiten sollten möglichst in der Stadt Karlsruhe verbleiben.

Stadtv. Oberler: Seit der Verlegung sind sieben Jahre verfloßen. Es scheint nicht die richtige Unterlage geschaffen worden zu sein. Die Schienen sind nicht richtig mit Eisen und Beton unterlegt.

Stadtv. Müller: Wenn man die Kaiserstraße asphaltieren wollte, so ließe sich nur auf der westlichen Seite tun. Man soll sich hüten, mit der Kaiserstraße auf den Hund zu kommen.

Der Vorsitzende Oberbürgermeister Siegrist: Es hat sich herausgestellt, daß der Beton nicht mehr in Ordnung ist, daß er deformiert ist. Man könnte durch Erneuerung des Eisenbetons abhelfen. Das würde aber nur etwa drei Jahre halten und 66 000 M. kosten. Die Straßendämmung haben den Beton als ungeeignete Unterlage bezeichnet, weil er das Wasser nicht durchläßt. Es erhob sich die Frage, was mit unserem Pflaster geschehen soll. Die Erneuerung würde weitere 200 000 M. kosten. Das geht nicht an, da das Pflaster noch nicht ganz behaglich ist. Grundsätzlich bin ich auch der Meinung, daß wir für schalldämpfendes Pflaster sorgen müssen. Borelli hindert uns aber die schlechte Finanzierung.

Stadtv. Siegrist: Soweit es die Mittel erlauben, sollen die Wünsche der Bewohner der Kaiserstraße erfüllt werden.

Der Antrag des Stadtrats wird mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Einmütig angenommen wird die Herabsetzung der Hochholgebühren zwischen Karlsruher und Zurlacher Tor, ebenso die Herabsetzung der Postgebühren und Hinterbliebenenversorgung.

Der Antrag des Stadtrats wird mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Einmütig angenommen wird die Herabsetzung der Hochholgebühren zwischen Karlsruher und Zurlacher Tor, ebenso die Herabsetzung der Postgebühren und Hinterbliebenenversorgung.

Der Antrag des Stadtrats wird mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Einmütig angenommen wird die Herabsetzung der Hochholgebühren zwischen Karlsruher und Zurlacher Tor, ebenso die Herabsetzung der Postgebühren und Hinterbliebenenversorgung.

Der Antrag des Stadtrats wird mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Einmütig angenommen wird die Herabsetzung der Hochholgebühren zwischen Karlsruher und Zurlacher Tor, ebenso die Herabsetzung der Postgebühren und Hinterbliebenenversorgung.

Der Antrag des Stadtrats wird mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Einmütig angenommen wird die Herabsetzung der Hochholgebühren zwischen Karlsruher und Zurlacher Tor, ebenso die Herabsetzung der Postgebühren und Hinterbliebenenversorgung.

Der Antrag des Stadtrats wird mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Einmütig angenommen wird die Herabsetzung der Hochholgebühren zwischen Karlsruher und Zurlacher Tor, ebenso die Herabsetzung der Postgebühren und Hinterbliebenenversorgung.

Der Antrag des Stadtrats wird mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Einmütig angenommen wird die Herabsetzung der Hochholgebühren zwischen Karlsruher und Zurlacher Tor, ebenso die Herabsetzung der Postgebühren und Hinterbliebenenversorgung.

Der Antrag des Stadtrats wird mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Einmütig angenommen wird die Herabsetzung der Hochholgebühren zwischen Karlsruher und Zurlacher Tor, ebenso die Herabsetzung der Postgebühren und Hinterbliebenenversorgung.

Der Antrag des Stadtrats wird mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Einmütig angenommen wird die Herabsetzung der Hochholgebühren zwischen Karlsruher und Zurlacher Tor, ebenso die Herabsetzung der Postgebühren und Hinterbliebenenversorgung.

Der Antrag des Stadtrats wird mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Einmütig angenommen wird die Herabsetzung der Hochholgebühren zwischen Karlsruher und Zurlacher Tor, ebenso die Herabsetzung der Postgebühren und Hinterbliebenenversorgung.

Der Antrag des Stadtrats wird mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Einmütig angenommen wird die Herabsetzung der Hochholgebühren zwischen Karlsruher und Zurlacher Tor, ebenso die Herabsetzung der Postgebühren und Hinterbliebenenversorgung.

Der Antrag des Stadtrats wird mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Einmütig angenommen wird die Herabsetzung der Hochholgebühren zwischen Karlsruher und Zurlacher Tor, ebenso die Herabsetzung der Postgebühren und Hinterbliebenenversorgung.

Der Antrag des Stadtrats wird mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Einmütig angenommen wird die Herabsetzung der Hochholgebühren zwischen Karlsruher und Zurlacher Tor, ebenso die Herabsetzung der Postgebühren und Hinterbliebenenversorgung.

Der Antrag des Stadtrats wird mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Einmütig angenommen wird die Herabsetzung der Hochholgebühren zwischen Karlsruher und Zurlacher Tor, ebenso die Herabsetzung der Postgebühren und Hinterbliebenenversorgung.

Der Antrag des Stadtrats wird mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Einmütig angenommen wird die Herabsetzung der Hochholgebühren zwischen Karlsruher und Zurlacher Tor, ebenso die Herabsetzung der Postgebühren und Hinterbliebenenversorgung.

Der Antrag des Stadtrats wird mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Einmütig angenommen wird die Herabsetzung der Hochholgebühren zwischen Karlsruher und Zurlacher Tor, ebenso die Herabsetzung der Postgebühren und Hinterbliebenenversorgung.

Der Antrag des Stadtrats wird mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Einmütig angenommen wird die Herabsetzung der Hochholgebühren zwischen Karlsruher und Zurlacher Tor, ebenso die Herabsetzung der Postgebühren und Hinterbliebenenversorgung.

Der Antrag des Stadtrats wird mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Einmütig angenommen wird die Herabsetzung der Hochholgebühren zwischen Karlsruher und Zurlacher Tor, ebenso die Herabsetzung der Postgebühren und Hinterbliebenenversorgung.

Der Antrag des Stadtrats wird mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Einmütig angenommen wird die Herabsetzung der Hochholgebühren zwischen Karlsruher und Zurlacher Tor, ebenso die Herabsetzung der Postgebühren und Hinterbliebenenversorgung.

Der Antrag des Stadtrats wird mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Einmütig angenommen wird die Herabsetzung der Hochholgebühren zwischen Karlsruher und Zurlacher Tor, ebenso die Herabsetzung der Postgebühren und Hinterbliebenenversorgung.

Der Antrag des Stadtrats wird mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Einmütig angenommen wird die Herabsetzung der Hochholgebühren zwischen Karlsruher und Zurlacher Tor, ebenso die Herabsetzung der Postgebühren und Hinterbliebenenversorgung.

Der Antrag des Stadtrats wird mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Einmütig angenommen wird die Herabsetzung der Hochholgebühren zwischen Karlsruher und Zurlacher Tor, ebenso die Herabsetzung der Postgebühren und Hinterbliebenenversorgung.

Der Antrag des Stadtrats wird mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Einmütig angenommen wird die Herabsetzung der Hochholgebühren zwischen Karlsruher und Zurlacher Tor, ebenso die Herabsetzung der Postgebühren und Hinterbliebenenversorgung.

Der Antrag des Stadtrats wird mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Einmütig angenommen wird die Herabsetzung der Hochholgebühren zwischen Karlsruher und Zurlacher Tor, ebenso die Herabsetzung der Postgebühren und Hinterbliebenenversorgung.

Der Antrag des Stadtrats wird mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Einmütig angenommen wird die Herabsetzung der Hochholgebühren zwischen Karlsruher und Zurlacher Tor, ebenso die Herabsetzung der Postgebühren und Hinterbliebenenversorgung.

Der Antrag des Stadtrats wird mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Einmütig angenommen wird die Herabsetzung der Hochholgebühren zwischen Karlsruher und Zurlacher Tor, ebenso die Herabsetzung der Postgebühren und Hinterbliebenenversorgung.

Der Antrag des Stadtrats wird mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Einmütig angenommen wird die Herabsetzung der Hochholgebühren zwischen Karlsruher und Zurlacher Tor, ebenso die Herabsetzung der Postgebühren und Hinterbliebenenversorgung.

Der Antrag des Stadtrats wird mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Einmütig angenommen wird die Herabsetzung der Hochholgebühren zwischen Karlsruher und Zurlacher Tor, ebenso die Herabsetzung der Postgebühren und Hinterbliebenenversorgung.

Der Antrag des Stadtrats wird mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Einmütig angenommen wird die Herabsetzung der Hochholgebühren zwischen Karlsruher und Zurlacher Tor, ebenso die Herabsetzung der Postgebühren und Hinterbliebenenversorgung.

Der Antrag des Stadtrats wird mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Einmütig angenommen wird die Herabsetzung der Hochholgebühren zwischen Karlsruher und Zurlacher Tor, ebenso die Herabsetzung der Postgebühren und Hinterbliebenenversorgung.

Der Antrag des Stadtrats wird mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Einmütig angenommen wird die Herabsetzung der Hochholgebühren zwischen Karlsruher und Zurlacher Tor, ebenso die Herabsetzung der Postgebühren und Hinterbliebenenversorgung.

Der Antrag des Stadtrats wird mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Einmütig angenommen wird die Herabsetzung der Hochholgebühren zwischen Karlsruher und Zurlacher Tor, ebenso die Herabsetzung der Postgebühren und Hinterbliebenenversorgung.

Der Antrag des Stadtrats wird mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Einmütig angenommen wird die Herabsetzung der Hochholgebühren zwischen Karlsruher und Zurlacher Tor, ebenso die Herabsetzung der Postgebühren und Hinterbliebenenversorgung.

ist aber etwas anderes als heute. 1903 sind wir auf 51 Pfg. gekommen, wir gingen wieder herunter, mußten aber alsbald wieder hinauf gehen. Der Steuerfuß von 32 Pfg. entspricht dem alten Umlagefuß von 70,35 Pfg. aber 76 Pfg. Auch bei der Einkommensteuer würde annehmend das Doppelte gegen früher erreicht. Wenn wir unterziehen, wo getrieben werden kann, so finden wir vier Böden, die die ganze Umlage aufziehen, der Schulsaufwand, die Kostenpolizei, die Kosten für die Armenpflege und Armenvermittlung. Wir können nicht dazu kommen, diese Kosten zu machen. Diese Kosten haben aber die Umlage, solange sie zu zeigen. Was den Vermögensaufwand betrifft, so sind wir auch darauf bedacht, durch Organisation und Vereinfachung der Geschäfte und Juridifikation in der Personalverwaltung. Im Vermögensaufwand haben wir leider keine Bewegungsfreiheit. Ich hoffe, daß wenn das überflüssige Schreiben beim Staat befreit ist, auch bei den Gemeinden etwas anderes geschaffen wird. Wenn in jeder Gemeinde nur ein paar hundert Mark geplant werden, macht das im ganzen Land viel aus. Das Bedürfnis für die Verzinsung und Tilgung der Schulden ist ebenfalls gestiegen. Durch die Reichsfinanzreform werden der Städtefälle ebenfalls 20 000 M. auferlegt. Nun ist gewiß, daß unsere Einnahmen in den letzten Jahren gestiegen haben, aber unter der wirtschaftlichen Depression, die jetzt wieder zu Ende geht, ist die Einnahme wieder geringer geworden. Die günstige Entwicklung hat der Erfolg der Personalvermittlung zurückzuführen, deren genialer Erbeher Finanzminister Jonell jetzt leider krank darniederliegt. Wir müssen ihm baldige Genesung. Wir müssen neue Einnahmequellen erschließen. Die Städteordnung läßt uns wenig Bewegungsfreiheit. Das einzige, was uns bleibt, ist eine Luftverkehrssteuer. Wir haben bereits eine Vorlage ausgearbeitet. Ich sehe nicht ein, warum wir nicht darauf eingehen sollten. Außerdem erhalten wir die Wertzuwachssteuer. Wir hoffen, daß der Landtag sie so gestaltet, daß sie den wirklich überbundenen Wertzuwachs erfasst und ergibt gefasst. Ebenso ist eine Verringerung der Vermögenssteuer in Aussicht gestellt. Wir wünschen eine stärkere Erfassung des Kapitals und die Progression bei der Besteuerung der Einkommen wie beim Staat. Jetzt wird das landliche Einkommensteuergesetz geändert, jetzt wird auch das Gemeindesteuergesetz geändert werden müssen. Das würde zu einer Entlastung der Grund- und Hausbesitzer führen. Es wird den Städten der Vorwurf gemacht, daß sie zu viel Schulden machen und machen aber keine Schulden für laufende Ausgaben und haben jederzeit für die ordnungsmäßige Tilgung gesorgt. Im letzten Jahre haben wir die Schulden mit 47 738 M. vermindert. Seitlich haben wir 76 000 M. Dieses Jahr werden die Schulden um 5 Millionen steigen. Dadurch haben wir im nächsten Jahre eine um 200 000 M. höhere Verzinsung. Annähernd die Hälfte unserer Schulden ist in werbenden Anlagen angelegt. Das Vermögen befreit sich Ende 1908 auf 60 269 000 M., gegen 3 226 000 M. im Jahre 1900. Leider wird dieses Vermögen seinen Ertrag abgeben. Die milden Fonds haben infolge der Judenungen des Grafen Rhena und des Altkanzlers Hofmann um über eine Million zugenommen. Unter den großen Unternehmungen sind zu nennen: die Schwemmanntalsation, Erweiterung des Schlachthofes und des Elektrizitätswerks. Wir stehen in Unterhandlung wegen eines Geländeausfalls für den Eisenbahnüberführung anlässlich der Bahnhofsverlegung. Eine Vorlage wird demnächst vorgelegt. Auch durch die Verlegung der Altkanal wird Gelände für uns frei, die Entlingerstraße wird jetzt schon frei. Wir stehen auch in Verhandlung mit Landgemeinden wegen Lieferung von Gas und Elektrizität. Zur Erzielung einer lästlichen Sparsamkeit sind wir im Werk eines interessanten Baustoffmaterials. An Schulbaudaten kommen die Gewerbeschule, die trotz verlorener Zuschüsse 1,4 Mill. Mark kostet, ferner eine Schule im Osten und in Mühlhausen. Wir haben ein Projekt nachlassen für die Ausrichtung der Kaiserstraße der Alb. Die Sache fand vorerst Widerstand im Bezirksrat. Wir müssen auch an die Vorbereitungen für das 20jährige Jubiläum im Jahre 1915 denken. Die Großstadtregierung hat für dieses Jahr eine Badische Gewerbe- und Industrieausstellung in Aussicht gestellt. Wir hoffen, daß auf die mageren Jahre auch wieder feste folgen. Wir wollen uns den Aufgaben, die in unsere Hände gelegt sind, mit Vertrauen widmen.

Obmann Müller freut sich, daß der Oberbürgermeister die Lage eines freundschaftlich beurteilt hat. Man hat von der Ministerialdelegation in Karlsruhe die Städte beschuldigt. Man hätte aber auch auf das Sammelwesen, was die Städte anders gelassen haben. Eine Reihe von Reichs- und Landesstellen hat unsere Einnahmequellen beschnitten. Die Katasteren sind eine unermessliche Steuer. Ich sehe den indirekten Steuern nicht hindernd gegenüber. Ich sehe den Städtevermögen nicht hindernd gegenüber. Ich sehe aber sehr gut, wenn wir in einer Sitzung Gelegenheit gehabt hätten, zu den Fragen der Veränderung der Gemeindeordnung Stellung zu nehmen. In anderen Bundesstaaten hat man die Vorliebe der technischen Vertreter zu den Kollegien zugelassen mit eig. und Stimme. Die Ausgaben für die Schulen betragen 23 Pfg. von Umlagefuß. Wir haben deshalb auch die Erhöhung des Schulgeldes abgelehnt. Wir haben bei Prüfung des Voranlasses die Einnahmen beim Wasserwerk um 10 000 M. erhöht. Wir haben auch in den Aus-

gaben die Positionen für die Karlsloshäuser gestrichelt. Auch im Besetzungsbereich haben wir eine Änderung vorgenommen. Er empfehle den Veranschlagung zur Annahme mit der vom Stadtrat vorgeschlagene Umlage.  
Es sind drei Resolutionen eingegangen. Die erste verlangt, daß den Wünschen der Handwerker bei Vergebung von Arbeiten Rechnung getragen wird, daß eine Sachverständigen-Kommission zur Prüfung der Kosten und Voranschläge eingesetzt und vor Vergebung der Bauarbeiten gehört wird, wie dies in verschiedenen Städten Baden und des Reichs geschieht.  
Die zweite Resolution lautet:  
Die unterzeichneten beantragen, der Bürgerausschuß solle den Stadtrat erlauben, zur Befestigung und künftiger Verhütung von Handwerkerbeschwerden der selbständigen Handwerkerstandes folgende Maßregeln durchzuführen:  
1. Es soll eine länderweite Kommission gebildet werden aus Mitgliedern des Stadtrats und des Stadterordneten-Vorstandes und Vertrauensmännern des selbständigen Handwerkerstandes. Diese Kommission soll in allen den Handwerkerstand betreffenden Fragen gehört werden, ähnlich wie die soziale Kommission in Arbeiterfragen.  
2. Zugleich von Sachverständigen bei Aufstellung von Kostenanschlägen und bei Ausführung von Arbeiten.

Prüfung der eingegangenen Offerten, ob dieselben nicht unter den Selbstkosten sind.  
Auscheiden aller Angebote, die die Selbstkosten nicht decken.  
Prüfung der Arbeiten und Lieferungen während und nach der Ausführung durch Sachverständige.  
3. Vereinbarung von Mindestpreisen mit den verschiedenen Handwerkerorganisationen und Berufsgruppen für die freihändig zur Vergebung gelangenden lästlichen Arbeiten und Lieferungen.  
4. Die Regierungsarbeiten in lästlichen Arbeiten sind nur aus das notwendige zu beschränken. Andererseits dürfen rein handwerksmäßige Arbeiten für Private ausgeführt werden.  
Geg. Karl Baccaro, Heimbürger, Strauß und Genossen.  
Die dritte Resolution bezieht sich auf die Umlage ohne Änderung des Bürgerausschusses beschlossene Erhöhung des Schulgeldes an den Knabenmittelschulen als eine bedauerliche Maßnahme und bittet den Stadtrat, diesen Beschluß rückgängig zu machen.  
Stadtv. Oberler: Ich über die Städteordnung und möchte eine Proporzreform, wenn wir einmal die Bildung des Proporzverhältnisses kennen. Er hoffe, daß die Umlage der Gemeindesteuern eine Erleichterung bringe. Der Voranschlag ist mit aller Vorliebe aufgestellt. Außerdem ist nach der Stadterordnetenordnung darüber gekommen und die letzten Sätze noch nicht geändert. Mit wehrhafter Stimmung hat mich die bescheidene Position von 20 000 Mark aus dem Holzfuß erfüllt. Das ist kein erhebliches, sondern erworbenen Besitz, der um einige Nullen größer sein sollte. Er möchte wünschen, daß der Sinn nicht noch mehr wächst, daß man für jede Leistung an die Stadt und den Staat das Doppelte bezahlt. Der Oberbürgermeister hat die Luftverkehrssteuer in Aussicht gestellt. Die Stadt Mannheim hat sich an dieser Luftverkehrsteuer beteiligt, was in Mannheim geschieht. Es ist erfindlich, daß die Verkehrssteuer von 100 000 M. für das Schulwesen auf die Volksschulen entfällt. Das Mittelsschulwesen ist zu einem gewissen Stillstand gekommen. Wir müssen unseren Kindern ein so warmes Bett bereiten für die Zukunft, als es möglich ist.  
Stadtv. Müller: Das Bild unserer lästlichen Finanzen ist kein rosiges, wir können aber mit Zuversicht der Zukunft entgegen sehen. Man mag über die Oberbürgermeisterpolitik urteilen, wie man will, die Tatsachen haben ihre Berechtigung ergeben. Die Erhöhung der Umlage wird von niemand bestritten. Man kann sich aber mit dem Gedanken trösten, daß durch diese Erhöhung der Umlage die Verkehrssteuer von 100 000 M. mehr ausgegeben wird. Auch die Karmatasse verlangt mehr, jedoch nur 400 000 M. bedürfen. Das ist nicht zu verwundern bei der wirtschaftlichen Lage. Unsere Verlegung hat in den letzten Jahren unser Wirtschaftsleben ungünstig beeinflußt und einzelne Industrien beinahe an den Ruin gebracht. Es war in letzter Zeit viel von den Schiffahrtsubsidien die Rede gewesen. Was wir nicht gefast hat, ist das, daß der Oberbürgermeister, als der preisliche Gesandte sich über die Bedürfnisse der Stadtverordneten frey unangenehm berührt habe, um Entschuldigend dat. Er hätte sich auf den Standpunkt des Herrn Frey stellen sollen. Man soll nicht sparen an den Gehältern derer, die die notwendig brauchen, sondern durch Vereinfachung der Verwaltung. Redner wünscht die Abschaffung der Klassenwahl. Unangenehm berührt hat mich auch der Vorschlag der Oberbürgermeister seit gegenüber der Umlage der Städteordnung in anderem Sinne sich auszudrücken und das Gutachten im Widerspruch zu den wahren Interessen der Bevölkerung abgab, als Gutachten der Städteordnungsbehörde. Redner legt auf den Widerspruch Siegrist ein Exemplar des Gutachtens dar. Oberbürgermeister Siegrist: Er habe das Gutachten abgelesen ohne Unterdrückung namens der Konferenz. Der Stadtrat hat es nachträglich gebilligt. Wir protestieren, daß ein solches Gutachten im Widerspruch mit der Wahrheit der Bevölkerung abgegeben wurde. In unserem Wahlrecht wird der Wille des Volkes gestiftet.

Die Unteren müssen auch einmal die Sonne kommen im Staat und in der Stadt, und in dem Moment, wo dem Redner getragen wird, in der Rede die Oberbürgermeister. Solange wir das Proporzverhältnis zum Stadtrat nicht haben, sind wir von der Gnade der anderen abhängig. Es ist Zeit, daß man uns als gleichberechtigte Bürger behandelt. Wir protestieren gegen die Haltung der Oberbürgermeister in dieser Angelegenheit. Redner wendet sich gegen die Arbeitlosverhütung für sich. Er habe sich sehr geäußert, daß der Stadtrat sich ablenkend verhielt. Der Oberbürgermeister habe damals gesagt, er könne als Oberbürgermeister nicht für solche Ausgaben für einen Teil der Bevölkerung eintreten. (Widerspruch des Oberbürgermeisters.) Auf das Reich können wir nicht warten; wenn wir uns auf das Reich verlassen wollen, sind wir auf absehbare Zeit hinaus verlassen. Bedauerlich war es, daß sich der Oberbürgermeister auf die Seite der Armen gestellt hat. Man wird auch seitens der Kommunen doch an die Arbeitslosenversicherung herantreten müssen. Redner kritisiert die Stellung des Oberbürgermeisters zu dem Verbands der lästlichen Gewerbetreibenden. Er hat den Verbands mit dem Verband abgehandelt, weil er sich durch ein Flugblatt beleidigt fühlte. Es fragt sich, ob die Behörde überhaupt den Verbands mit irgend jemand abreden darf. Im weiteren kommt Redner auf die Praxis bei lästlichen Vergütungen zu sprechen. Wir beurteilen die Sachverhältnisse. Bei den Vergütungen bedenke sich unsere Anstalten mit denen der Gewerkschaften. Sie sollen aber von dem Parteiall etwas den Arbeitern zukommen lassen. Redner findet in der Regierung nichts schlimmes. Man sollte nicht so schnell mit Vergütungen nach auswärts gehen. Redner behauptet, daß die Fleischlieferung für das städtische Krankenhaus einer Firma übertragen wurde, die den Tarif nicht anerkannt hat. Redner wendet sich gegen das Vorgehen der Behörde und Wiederholung und behauptet, daß die Aufschreibebücher sie nicht auf ihre Pflicht bringe.  
Oberbürgermeister Siegrist: Ich hätte nicht gedacht, daß die Angelegenheit mit dem preislichen Gutachten nicht nochmals zur Sprache kommen. Er war unsere Gast und füßte sich verletzt. Darüber sprach ich mein Bedauern aus, nicht über den Inhalt der Rede. Das war eine Pflicht der Öffentlichkeit. Nun zur Städteordnung! Man verheißt ich erst, warum die Sache so viel Aufsehen erregte. Die Herren glauben, wir wollten sie vom Gemeinderat fernhalten. Das ist nicht der Fall. Wenn sie in größerer Anzahl hineinlämen, wäre das ein gutes Erziehungsmittel für sie. Die Folge des Proporzverhältnisses wird sein, daß eine große Anzahl von kleinen Parteien im Bürgerausschuß liegt. Beim Proporz könnte jede Partei ihren Stadtrat wählen. Das wäre nicht uninteressant, weil sich ein Stadtrat ergäbe, der zu mancher Frage keine einseitige Stellung nehmen könnte. Das Ministerium wollte nur die Meinung der Bürgermeister hören. Wenn man die Sache den Kollegen vorgelegt hätte, so hätte das Ministerium keine Gelegenheit gehabt, die Bürgermeister zu hören. Wir können doch nicht jedesmal, wenn wir nach unserer Meinung gefragt werden, vorher den Stadtrat und Bürgerausschuß einbeziehen. Wenn wir uns nicht äußern dürfen, dann sind die Städte ganz einflusslos.  
Hier wird um 3/8 Uhr abgebrochen. Morgen 3 Uhr Fortsetzung.

## Kokales

Karlsruhe, 8. April 1910.  
Aus dem Hofbericht. Gestern vormittag traf bei Prinzessin Hildegard von Bayern zu längerem Besuch bei der Großherzogin Luise hier ein. Großherzogin Luise begrüßte den hohen Besuch und geleitete denselben zum Großherzoglichen Zoo. Die Prinzessin ist begleitet von der Hofdame von Sines.  
Gestern vormittag hörte der Großherzog den Vortrag des Legationsrats Dr. Eych und nahm die Verhandlung des Eberhart von Leber. Kommandant von Reibnitz, bisher Kommandeur des Infanterie-Regiments von Goeben (2. Rheinischer) Nr. 28, entgegen.  
Samstag folgte die Vorlesung der Geheimrat D. Helm und Dr. Freiherrn von Vabo.  
Die Großherzogin empfing gestern vormittag den Besuch der Herzogin Hildegard von Bayern und mittags denjenigen der Prinzessin Olga, Herzogin zu Braunschweig und Lüneburg, die zum Besuch ihrer Schwester, der Prinzessin Marg, hier anwesend ist.  
Joh. Zep. Sach-Abend im Arbeiterbildungs-Klub. Am Sonntag, den 10. April, abends 8 Uhr, veranstaltete der Arbeiterbildungs-Klub einen 30. Sach-Abend. Der erste Teil bezieht auf einen Vortrag des Universitätsprofessors Dr. Spitta aus Strassburg über das Leben und die Werke Dachs. Das zweite Teil fand eine Konzert statt, in dem die jüngste Konzertgeigerin Olga Klupp-Richter, Hofkonzertmeister Bruntsch, Kammerorganist Haffard, Hofkonzertmeister Deman und Organist Barner mitwirkten. Die ganze Veranstaltung verlief ebenso lebhaft wie genussreich zu werden. Eintrittskarten zu 25 Pfg. für Arbeiter und ihren lokalen Bekannten, zu 50 Pfg. für sonstige Interessenten sind an der Abendkasse zu haben.

Die Unterer müssen auch einmal die Sonne kommen im Staat und in der Stadt, und in dem Moment, wo dem Redner getragen wird, in der Rede die Oberbürgermeister. Solange wir das Proporzverhältnis zum Stadtrat nicht haben, sind wir von der Gnade der anderen abhängig. Es ist Zeit, daß man uns als gleichberechtigte Bürger behandelt. Wir protestieren gegen die Haltung der Oberbürgermeister in dieser Angelegenheit. Redner wendet sich gegen die Arbeitlosverhütung für sich. Er habe sich sehr geäußert, daß der Stadtrat sich ablenkend verhielt. Der Oberbürgermeister habe damals gesagt, er könne als Oberbürgermeister nicht für solche Ausgaben für einen Teil der Bevölkerung eintreten. (Widerspruch des Oberbürgermeisters.) Auf das Reich können wir nicht warten; wenn wir uns auf das Reich verlassen wollen, sind wir auf absehbare Zeit hinaus verlassen. Bedauerlich war es, daß sich der Oberbürgermeister auf die Seite der Armen gestellt hat. Man wird auch seitens der Kommunen doch an die Arbeitslosenversicherung herantreten müssen. Redner kritisiert die Stellung des Oberbürgermeisters zu dem Verbands der lästlichen Gewerbetreibenden. Er hat den Verbands mit dem Verband abgehandelt, weil er sich durch ein Flugblatt beleidigt fühlte. Es fragt sich, ob die Behörde überhaupt den Verbands mit irgend jemand abreden darf. Im weiteren kommt Redner auf die Praxis bei lästlichen Vergütungen zu sprechen. Wir beurteilen die Sachverhältnisse. Bei den Vergütungen bedenke sich unsere Anstalten mit denen der Gewerkschaften. Sie sollen aber von dem Parteiall etwas den Arbeitern zukommen lassen. Redner findet in der Regierung nichts schlimmes. Man sollte nicht so schnell mit Vergütungen nach auswärts gehen. Redner behauptet, daß die Fleischlieferung für das städtische Krankenhaus einer Firma übertragen wurde, die den Tarif nicht anerkannt hat. Redner wendet sich gegen das Vorgehen der Behörde und Wiederholung und behauptet, daß die Aufschreibebücher sie nicht auf ihre Pflicht bringe.  
Oberbürgermeister Siegrist: Ich hätte nicht gedacht, daß die Angelegenheit mit dem preislichen Gutachten nicht nochmals zur Sprache kommen. Er war unsere Gast und füßte sich verletzt. Darüber sprach ich mein Bedauern aus, nicht über den Inhalt der Rede. Das war eine Pflicht der Öffentlichkeit. Nun zur Städteordnung! Man verheißt ich erst, warum die Sache so viel Aufsehen erregte. Die Herren glauben, wir wollten sie vom Gemeinderat fernhalten. Das ist nicht der Fall. Wenn sie in größerer Anzahl hineinlämen, wäre das ein gutes Erziehungsmittel für sie. Die Folge des Proporzverhältnisses wird sein, daß eine große Anzahl von kleinen Parteien im Bürgerausschuß liegt. Beim Proporz könnte jede Partei ihren Stadtrat wählen. Das wäre nicht uninteressant, weil sich ein Stadtrat ergäbe, der zu mancher Frage keine einseitige Stellung nehmen könnte. Das Ministerium wollte nur die Meinung der Bürgermeister hören. Wenn man die Sache den Kollegen vorgelegt hätte, so hätte das Ministerium keine Gelegenheit gehabt, die Bürgermeister zu hören. Wir können doch nicht jedesmal, wenn wir nach unserer Meinung gefragt werden, vorher den Stadtrat und Bürgerausschuß einbeziehen. Wenn wir uns nicht äußern dürfen, dann sind die Städte ganz einflusslos.  
Hier wird um 3/8 Uhr abgebrochen. Morgen 3 Uhr Fortsetzung.

Gestern vormittag hörte der Großherzog den Vortrag des Legationsrats Dr. Eych und nahm die Verhandlung des Eberhart von Leber. Kommandant von Reibnitz, bisher Kommandeur des Infanterie-Regiments von Goeben (2. Rheinischer) Nr. 28, entgegen.

Samstag folgte die Vorlesung der Geheimrat D. Helm und Dr. Freiherrn von Vabo.

Die Großherzogin empfing gestern vormittag den Besuch der Herzogin Hildegard von Bayern und mittags denjenigen der Prinzessin Olga, Herzogin zu Braunschweig und Lüneburg, die zum Besuch ihrer Schwester, der Prinzessin Marg, hier anwesend ist.

Joh. Zep. Sach-Abend im Arbeiterbildungs-Klub. Am Sonntag, den 10. April, abends 8 Uhr, veranstaltete der Arbeiterbildungs-Klub einen 30. Sach-Abend. Der erste Teil bezieht auf einen Vortrag des Universitätsprofessors Dr. Spitta aus Strassburg über das Leben und die Werke Dachs. Das zweite Teil fand eine Konzert statt, in dem die jüngste Konzertgeigerin Olga Klupp-Richter, Hofkonzertmeister Bruntsch, Kammerorganist Haffard, Hofkonzertmeister Deman und Organist Barner mitwirkten. Die ganze Veranstaltung verlief ebenso lebhaft wie genussreich zu werden. Eintrittskarten zu 25 Pfg. für Arbeiter und ihren lokalen Bekannten, zu 50 Pfg. für sonstige Interessenten sind an der Abendkasse zu haben.

Die Unterer müssen auch einmal die Sonne kommen im Staat und in der Stadt, und in dem Moment, wo dem Redner getragen wird, in der Rede die Oberbürgermeister. Solange wir das Proporzverhältnis zum Stadtrat nicht haben, sind wir von der Gnade der anderen abhängig. Es ist Zeit, daß man uns als gleichberechtigte Bürger behandelt. Wir protestieren gegen die Haltung der Oberbürgermeister in dieser Angelegenheit. Redner wendet sich gegen die Arbeitlosverhütung für sich. Er habe sich sehr geäußert, daß der Stadtrat sich ablenkend verhielt. Der Oberbürgermeister habe damals gesagt, er könne als Oberbürgermeister nicht für solche Ausgaben für einen Teil der Bevölkerung eintreten. (Widerspruch des Oberbürgermeisters.) Auf das Reich können wir nicht warten; wenn wir uns auf das Reich verlassen wollen, sind wir auf absehbare Zeit hinaus verlassen. Bedauerlich war es, daß sich der Oberbürgermeister auf die Seite der Armen gestellt hat. Man wird auch seitens der Kommunen doch an die Arbeitslosenversicherung herantreten müssen. Redner kritisiert die Stellung des Oberbürgermeisters zu dem Verbands der lästlichen Gewerbetreibenden. Er hat den Verbands mit dem Verband abgehandelt, weil er sich durch ein Flugblatt beleidigt fühlte. Es fragt sich, ob die Behörde überhaupt den Verbands mit irgend jemand abreden darf. Im weiteren kommt Redner auf die Praxis bei lästlichen Vergütungen zu sprechen. Wir beurteilen die Sachverhältnisse. Bei den Vergütungen bedenke sich unsere Anstalten mit denen der Gewerkschaften. Sie sollen aber von dem Parteiall etwas den Arbeitern zukommen lassen. Redner findet in der Regierung nichts schlimmes. Man sollte nicht so schnell mit Vergütungen nach auswärts gehen. Redner behauptet, daß die Fleischlieferung für das städtische Krankenhaus einer Firma übertragen wurde, die den Tarif nicht anerkannt hat. Redner wendet sich gegen das Vorgehen der Behörde und Wiederholung und behauptet, daß die Aufschreibebücher sie nicht auf ihre Pflicht bringe.  
Oberbürgermeister Siegrist: Ich hätte nicht gedacht, daß die Angelegenheit mit dem preislichen Gutachten nicht nochmals zur Sprache kommen. Er war unsere Gast und füßte sich verletzt. Darüber sprach ich mein Bedauern aus, nicht über den Inhalt der Rede. Das war eine Pflicht der Öffentlichkeit. Nun zur Städteordnung! Man verheißt ich erst, warum die Sache so viel Aufsehen erregte. Die Herren glauben, wir wollten sie vom Gemeinderat fernhalten. Das ist nicht der Fall. Wenn sie in größerer Anzahl hineinlämen, wäre das ein gutes Erziehungsmittel für sie. Die Folge des Proporzverhältnisses wird sein, daß eine große Anzahl von kleinen Parteien im Bürgerausschuß liegt. Beim Proporz könnte jede Partei ihren Stadtrat wählen. Das wäre nicht uninteressant, weil sich ein Stadtrat ergäbe, der zu mancher Frage keine einseitige Stellung nehmen könnte. Das Ministerium wollte nur die Meinung der Bürgermeister hören. Wenn man die Sache den Kollegen vorgelegt hätte, so hätte das Ministerium keine Gelegenheit gehabt, die Bürgermeister zu hören. Wir können doch nicht jedesmal, wenn wir nach unserer Meinung gefragt werden, vorher den Stadtrat und Bürgerausschuß einbeziehen. Wenn wir uns nicht äußern dürfen, dann sind die Städte ganz einflusslos.  
Hier wird um 3/8 Uhr abgebrochen. Morgen 3 Uhr Fortsetzung.

Gestern vormittag hörte der Großherzog den Vortrag des Legationsrats Dr. Eych und nahm die Verhandlung des Eberhart von Leber. Kommandant von Reibnitz, bisher Kommandeur des Infanterie-Regiments von Goeben (2. Rheinischer) Nr. 28, entgegen.

Samstag folgte die Vorlesung der Geheimrat D. Helm und Dr. Freiherrn von Vabo.

Die Großherzogin empfing gestern vormittag den Besuch der Herzogin Hildegard von Bayern und mittags denjenigen der Prinzessin Olga, Herzogin zu Braunschweig und Lüneburg, die zum Besuch ihrer Schwester, der Prinzessin Marg, hier anwesend ist.

Joh. Zep. Sach-Abend im Arbeiterbildungs-Klub. Am Sonntag, den 10. April, abends 8 Uhr, veranstaltete der Arbeiterbildungs-Klub einen 30. Sach-Abend. Der erste Teil bezieht auf einen Vortrag des Universitätsprofessors Dr. Spitta aus Strassburg über das Leben und die Werke Dachs. Das zweite Teil fand eine Konzert statt, in dem die jüngste Konzertgeigerin Olga Klupp-Richter, Hofkonzertmeister Bruntsch, Kammerorganist Haffard, Hofkonzertmeister Deman und Organist Barner mitwirkten. Die ganze Veranstaltung verlief ebenso lebhaft wie genussreich zu werden. Eintrittskarten zu 25 Pfg. für Arbeiter und ihren lokalen Bekannten, zu 50 Pfg. für sonstige Interessenten sind an der Abendkasse zu haben.

Die Unterer müssen auch einmal die Sonne kommen im Staat und in der Stadt, und in dem Moment, wo dem Redner getragen wird, in der Rede die Oberbürgermeister. Solange wir das Proporzverhältnis zum Stadtrat nicht haben, sind wir von der Gnade der anderen abhängig. Es ist Zeit, daß man uns als gleichberechtigte Bürger behandelt. Wir protestieren gegen die Haltung der Oberbürgermeister in dieser Angelegenheit. Redner wendet sich gegen die Arbeitlosverhütung für sich. Er habe sich sehr geäußert, daß der Stadtrat sich ablenkend verhielt. Der Oberbürgermeister habe damals gesagt, er könne als Oberbürgermeister nicht für solche Ausgaben für einen Teil der Bevölkerung eintreten. (Widerspruch des Oberbürgermeisters.) Auf das Reich können wir nicht warten; wenn wir uns auf das Reich verlassen wollen, sind wir auf absehbare Zeit hinaus verlassen. Bedauerlich war es, daß sich der Oberbürgermeister auf die Seite der Armen gestellt hat. Man wird auch seitens der Kommunen doch an die Arbeitslosenversicherung herantreten müssen. Redner kritisiert die Stellung des Oberbürgermeisters zu dem Verbands der lästlichen Gewerbetreibenden. Er hat den Verbands mit dem Verband abgehandelt, weil er sich durch ein Flugblatt beleidigt fühlte. Es fragt sich, ob die Behörde überhaupt den Verbands mit irgend jemand abreden darf. Im weiteren kommt Redner auf die Praxis bei lästlichen Vergütungen zu sprechen. Wir beurteilen die Sachverhältnisse. Bei den Vergütungen bedenke sich unsere Anstalten mit denen der Gewerkschaften. Sie sollen aber von dem Parteiall etwas den Arbeitern zukommen lassen. Redner findet in der Regierung nichts schlimmes. Man sollte nicht so schnell mit Vergütungen nach auswärts gehen. Redner behauptet, daß die Fleischlieferung für das städtische Krankenhaus einer Firma übertragen wurde, die den Tarif nicht anerkannt hat. Redner wendet sich gegen das Vorgehen der Behörde und Wiederholung und behauptet, daß die Aufschreibebücher sie nicht auf ihre Pflicht bringe.  
Oberbürgermeister Siegrist: Ich hätte nicht gedacht, daß die Angelegenheit mit dem preislichen Gutachten nicht nochmals zur Sprache kommen. Er war unsere Gast und füßte sich verletzt. Darüber sprach ich mein Bedauern aus, nicht über den Inhalt der Rede. Das war eine Pflicht der Öffentlichkeit. Nun zur Städteordnung! Man verheißt ich erst, warum die Sache so viel Aufsehen erregte. Die Herren glauben, wir wollten sie vom Gemeinderat fernhalten. Das ist nicht der Fall. Wenn sie in größerer Anzahl hineinlämen, wäre das ein gutes Erziehungsmittel für sie. Die Folge des Proporzverhältnisses wird sein, daß eine große Anzahl von kleinen Parteien im Bürgerausschuß liegt. Beim Proporz könnte jede Partei ihren Stadtrat wählen. Das wäre nicht uninteressant, weil sich ein Stadtrat ergäbe, der zu mancher Frage keine einseitige Stellung nehmen könnte. Das Ministerium wollte nur die Meinung der Bürgermeister hören. Wenn man die Sache den Kollegen vorgelegt hätte, so hätte das Ministerium keine Gelegenheit gehabt, die Bürgermeister zu hören. Wir können doch nicht jedesmal, wenn wir nach unserer Meinung gefragt werden, vorher den Stadtrat und Bürgerausschuß einbeziehen. Wenn wir uns nicht äußern dürfen, dann sind die Städte ganz einflusslos.  
Hier wird um 3/8 Uhr abgebrochen. Morgen 3 Uhr Fortsetzung.

Gestern vormittag hörte der Großherzog den Vortrag des Legationsrats Dr. Eych und nahm die Verhandlung des Eberhart von Leber. Kommandant von Reibnitz, bisher Kommandeur des Infanterie-Regiments von Goeben (2. Rheinischer) Nr. 28, entgegen.

Samstag folgte die Vorlesung der Geheimrat D. Helm und Dr. Freiherrn von Vabo.

Die Großherzogin empfing gestern vormittag den Besuch der Herzogin Hildegard von Bayern und mittags denjenigen der Prinzessin Olga, Herzogin zu Braunschweig und Lüneburg, die zum Besuch ihrer Schwester, der Prinzessin Marg, hier anwesend ist.

Joh. Zep. Sach-Abend im Arbeiterbildungs-Klub. Am Sonntag, den 10. April, abends 8 Uhr, veranstaltete der Arbeiterbildungs-Klub einen 30. Sach-Abend. Der erste Teil bezieht auf einen Vortrag des Universitätsprofessors Dr. Spitta aus Strassburg über das Leben und die Werke Dachs. Das zweite Teil fand eine Konzert statt, in dem die jüngste Konzertgeigerin Olga Klupp-Richter, Hofkonzertmeister Bruntsch, Kammerorganist Haffard, Hofkonzertmeister Deman und Organist Barner mitwirkten. Die ganze Veranstaltung verlief ebenso lebhaft wie genussreich zu werden. Eintrittskarten zu 25 Pfg. für Arbeiter und ihren lokalen Bekannten, zu 50 Pfg. für sonstige Interessenten sind an der Abendkasse zu haben.

Die Unterer müssen auch einmal die Sonne kommen im Staat und in der Stadt, und in dem Moment, wo dem Redner getragen wird, in der Rede die Oberbürgermeister. Solange wir das Proporzverhältnis zum Stadtrat nicht haben, sind wir von der Gnade der anderen abhängig. Es ist Zeit, daß man uns als gleichberechtigte Bürger behandelt. Wir protestieren gegen die Haltung der Oberbürgermeister in dieser Angelegenheit. Redner wendet sich gegen die Arbeitlosverhütung für sich. Er habe sich sehr geäußert, daß der Stadtrat sich ablenkend verhielt. Der Oberbürgermeister habe damals gesagt, er könne als Oberbürgermeister nicht für solche Ausgaben für einen Teil der Bevölkerung eintreten. (Widerspruch des Oberbürgermeisters.) Auf das Reich können wir nicht warten; wenn wir uns auf das Reich verlassen wollen, sind wir auf absehbare Zeit hinaus verlassen. Bedauerlich war es, daß sich der Oberbürgermeister auf die Seite der Armen gestellt hat. Man wird auch seitens der Kommunen doch an die Arbeitslosenversicherung herantreten müssen. Redner kritisiert die Stellung des Oberbürgermeisters zu dem Verbands der lästlichen Gew